

EIN EINFACHES JA ZUM EU-FISKALVERTRAG KANN ES NICHT GEBEN!

1 Seit wenigen Wochen verhandeln die Bundesregierung, die Opposition und die Regierungschef-
2 Innen der Länder über die Ratifizierung des „Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steue-
3 rung in der Wirtschafts- und Währungsunion“, besser bekannt als Fiskalpakt oder Fiskalvertrag,
4 dessen zentrales Element die Begrenzung der öffentlichen Verschuldung in den europäischen
5 Mitgliedsstaaten ist.

6 Auch wenn die schwarz-gelbe Bundesregierung es gerne anders darstellt, ist es zu einfach, die
7 Ursache der Krise einzig in einer maßlosen Ausgabenpolitik verschwenderischer Regierungen im
8 Süden Europas zu sehen. Überschuldung und die mangelnde Regulierung des internationalen
9 Bankensektors sind die Hauptursachen der internationalen Finanzkrise. Island, Irland, Spanien
10 sind nur drei Beispiele für Länder, deren Staatsfinanzen im Verlauf der Finanzkrise in massive
11 Bedrängnis gekommen sind, obwohl sie noch wenige Jahre zuvor als Musterschüler Europas
12 galten. Hätte der Staat nicht marode und insolvente Banken auffangen müssen, um das interna-
13 tionale Finanzsystem vor einem Kollaps zu retten, dann stünden viele kriselnde Länder heute
14 sogar besser da als Deutschland. Länder wie Griechenland oder Italien hatten auf der anderen
15 Seite bereits vor der internationalen Finanzkrise hohe Schuldenquoten. Doch auch hier zeigt sich
16 der Einfluss der internationalen Finanzkrise: In Griechenland ist die Staatsverschuldung im Zeit-
17 raum von 2001 bis 2007 nur von 103,7% auf 105,4% % des BIP gestiegen, während der Fi-
18 nanzkrise dann allerdings auf 142,8% im Jahr 2010 hochgeschneit.

19 Statt aber an den Ursachen der Banken- und Finanzkrise anzusetzen, um die Euro-Krise effektiv
20 und nachhaltig zu lösen, setzt Schwarz-Gelb auf symbolische Pakte gegen zu hohe Staatsschul-
21 den. Gerade im Falle Griechenlands verfolgt die Bundesregierung die falsche Krisenbekämp-
22 fungsstrategie, denn der starke Anstieg der griechischen Verschuldung während der Finanzkrise
23 ist eng verbunden mit der schlechten Entwicklung der griechischen Wirtschaft. Zur Bekämpfung
24 der griechischen Schuldenkrise wären folglich Maßnahmen zur Bekämpfung der griechischen
25 Rezession notwendig gewesen. Die Forderungen der Bundesregierung nach drastischen Ausga-
26 benkürzungen haben jedoch genau das Gegenteil bewirkt und waren krisenverschärfend.

27 Um es mit Joschka Fischer zu sagen: Der Fiskalvertrag als Krisenbewältigungsstrategie wirkt wie
28 der Versuch, ein Feuer mit Kerosin zu löschen und bringt die Euro-Zone und Europa so noch
29 näher an den wirtschaftlichen Abgrund.

30 Wir begrüßen es, dass die Bundesregierung in Sachen Finanztransaktionssteuer offenbar endlich
31 zur Einsicht gekommen ist. Die schnelle Umsetzung ist ein erster Schritt, die Finanzmärkte kri-
32 senfester zu machen und auch die ProfiteurInnen der Spekulation an den Kosten der Finanzkrise
33 zu beteiligen. Weitere Maßnahmen müssen schnell folgen. Um zu einer verantwortungsvollen
34 Entscheidung zu kommen, definieren wir im Folgenden zentrale Fragestellungen, die in den
35 Verhandlungen um den Fiskalpakt und für unsere mögliche Zustimmung eine wichtige Rolle
36 spielen:

37 1. Der Fiskalvertrag muss ergänzt werden um eine ökologische, soziale und nachhaltige
38 Wachstums- und Investitionsstrategie. Die einseitig auf Ausgabenkürzungen ausgelegte Aus-
39 teritätspolitik hat in den Krisenländern inzwischen ein Stadium erreicht, in dem weitere Ausga-
40 benkürzungen nur noch tiefer in die Rezession führen, statt tatsächlich einen Beitrag zur Konso-
41 lidierung der Staatsfinanzen zu leisten. Anders als die SPD verstehen wir unter Wachstum aber
42 nicht Investitionen in Straßen und Beton, sondern eine gezielt ökologische und soziale Ausrich-
43 tung. Ohne Wachstumsimpulse wird sich die wirtschaftliche Lage in den Krisenstaaten nur noch
44 weiter verschlechtern.

45

46 2. Viele Krisenstaaten befinden sich in einer Abwärtsspirale – an den Finanzmärkten wer-
47 den immer höhere Risikoaufschläge verlangt, um den Ländern überhaupt noch Geld zu leihen.
48 So steigt aber auch die Verschuldung dieser Länder immer schneller, was die Konsolidierungs-
49 bemühungen noch schwieriger macht. Eine effektive Bekämpfung der Euro-Krise setzt auch
50 voraus, dass der Zinsdruck auf die Krisenländer gemindert wird. Bündnis 90/Die Grünen fordern
51 bereits seit Monaten die Einführung eines Schuldentilgungsfonds für die Euro-Länder. Ein Fis-
52 kalpakt ohne gleichzeitige Senkung des Zinsdrucks vergrößert die bestehenden Probleme nur
53 noch, ohne aber eine Lösung oder einen Ausweg für die in Not geratenen Staaten zu bieten.

54 3. Besonders weitreichend ist die Entscheidung über den Fiskalpakt auch deshalb, weil der
55 Vertrag bislang kein Kündigungsrecht für einzelne UnterzeichnerInnen vorsieht. Er kann nur im
56 Konsens aller UnterzeichnerInnen aufgehoben werden. Aus diesem Grund fordern wir bei der
57 Übertragung des Fiskalpaktes in EU-Recht die Beteiligung des Europäischen Parlamentes, um
58 eine größtmögliche demokratische Kontrolle sicherzustellen. Das Haushaltsrecht ist eine der
59 zentralen Gestaltungselemente in einer Demokratie, es hat Auswirkungen auf die Handlungsfä-
60 higkeit in allen politischen Bereichen und darf deshalb nur von einem demokratisch legitimierten
61 Parlament gestaltet werden.

62 4. Noch immer ist unklar, welche Auswirkungen der Fiskalvertrag auf die Haushalte und
63 die Konsolidierungsanstrengungen von Ländern und Gemeinden haben wird. Während die
64 Schuldenbremse im Grundgesetz den Ländern bis 2020 Zeit gibt, ihre Haushalte zu konsolidie-
65 ren und ohne Nettoneuverschuldung auszukommen, erfordert der Fiskalpakt unmittelbar mit
66 dem Zeitpunkt der Ratifizierung ein gesamtstaatliches strukturelles Defizit von maximal 0,5 Pro-
67 zent des Bruttoinlandsprodukts. Nachhaltige Konsolidierungsbemühungen werden so behindert
68 und den bereits jetzt klammen Ländern und Kommunen wird eine zusätzliche Last auferlegt.
69 Aus der Ratifizierung des Fiskalpakts dürfen für Länder und Gemeinden keine zusätzlichen Las-
70 ten und kein zusätzlicher Konsolidierungsdruck entstehen. Der Bund muss Sanierungsbeiträge
71 und Korrekturmechanismen, die über die bestehenden Konsolidierungspfade hinausgehen, fi-
72 nanziell kompensieren. Etwaige Strafzahlungen muss allein der Bund übernehmen. Wir unter-
73 stützen die Forderung der Länder nach Deutschlandfonds zur Entlastung der Länder und Kom-
74 men bei der Zinslast.

75 Wir unterstützen die Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen und die grün regierten
76 Länder, diese Fragestellungen in den Verhandlungen stark zu machen. Leider konnten wir Grü-
77 ne es in den Verhandlungen nicht durchsetzen, die Verabschiedung des Fiskalpakts von der
78 Koppelung mit dem ESM zu trennen und mit der notwendigen Ruhe auf die Zeit nach der
79 Sommerpause zu verschieben. Wir begrüßen die Entscheidung des Bundesvorstandes, eine au-
80 ßerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz zur Europapolitik und der Entscheidung über den
81 Fiskalpakt einzuberufen, sollte die Ratifizierung doch in den Herbst fallen. Der deshalb für den
82 24. Juni einberufene Länderrat von Bündnis 90 / Die Grünen wird gebeten, sich bei der Ent-
83 scheidung zum Fiskalpakt an diesen Kriterien zu orientieren.